

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 23./24./25.10.2019

#Rechtsterror

Regierungserklärung und Anträge in Reaktion auf den antisemitischen und rassistischen Terrorakt in Halle

Bestürzung, Anteilnahme und tiefe Trauer prägten die Reaktionen auf den rechtsextremen Terrorakt vom 9. Oktober 2019 in Halle. In der Debatte zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Dr. Rainer Haseloff ging Thomas Lippmann (DIE LINKE) auf Ursachen ein: „Die neue Rechte mit der AfD als ihrem parlamentarischen Arm konnte auf einem Boden gedeihen, der spätestens seit dem Beginn der achtziger Jahre durch die sogenannte ‚geistig-moralische Wende‘ in neoliberalen Denkfabriken wie der ‚Neuen sozialen Marktwirtschaft‘ vorbereitet wurde. Wir können der rechten Propaganda ihren Nährboden nur entziehen, wenn wir das Vertrauen der Menschen in die Gestaltungskraft realer Politik zurückgewinnen.

Dazu müssen die sozialen Fragen der Menschen wieder ins Zentrum der politischen Arbeit gerückt werden und wir müssen dafür endlich überzeugende Antworten liefern. Es ist doch nicht wirklich schwer zu verstehen, dass die Menschen von uns die Sicherung ihrer Lebensgrundlagen erwarten – von Bildung und Arbeit über Wohnen und Mobilität bis zur Alterssicherung und Gesundheitsversorgung und nicht zuletzt dem Schutz von Natur und Klima.“

Eine Enquetekommission soll sich nach dem Willen der Fraktion DIE LINKE mit Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Gesellschaft auseinandersetzen und deren Bedeutung für aktuelle Entwicklungstendenzen rechten Terrors untersuchen. Außerdem soll die Gefahrenlage neu bewertet und entsprechende Maßnahmen zum Schutz Betroffener getroffen werden. Gesellschaftlicher Diskurs, Aufklärungs- und Präventionsarbeit müssen viel stärker unterstützt werden. Deshalb forderte Thomas Lippmann: „Die umfangreichen Strukturen und Angebote der Demokratieförderung müssen langfristig in ihrer Arbeit gesichert und weiter ausgebaut werden“.

Der Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE wurde in die Ausschüsse für Inneres und Sport, Arbeit, Soziales und Integration sowie Bildung und Kultur überwiesen.

#Frieden

Wir verurteilen die völkerrechtswidrige militärische Invasion in Syrien

Die Fraktion DIE LINKE hat beantragt, einen Landtagsbeschluss herbeizuführen, der die militärische Invasion der Türkei in Syrien als eine Verletzung des Völkerrechts und damit des Nato-Vertrages verurteilt. Solidarität und Unterstützung soll die kurdische Selbstverwaltung im Norden Syriens erfahren. Sie ist die wichtigste Verbündete im Kampf gegen den IS auf syrischem Boden und die einzige politische Kraft, die in Syrien Prinzipien einer demokratischen Selbstverwaltung und der Sicherung der Rechte von Frauen durchgesetzt hat. Das faktische Gewährenlassen der Türkei nicht nur durch die USA, sondern aufgrund des Flüchtlingsdeals zwischen der EU und der Türkei durch die EU und insbesondere Deutschlands, dokumentiert den Verrat an humanistischen Grundwerten in der europäischen Flüchtlingspolitik. Durch die Zerstörung der Lebensgrundlagen und die unmittelbare militärische Bedrohung von Leib und Leben von hunderttausenden Kurdinnen und Kurden in Nordsyrien werden neue Fluchtursachen geschaffen, deren Konsequenzen sich Europa und Deutschland infolge ihres Versagens zu stellen haben. Auch in Sachsen-Anhalt gingen Menschen gegen diesen Krieg auf die Straße. Auch in Sachsen-Anhalt leben Menschen, die schon in der Vergangenheit aus den betroffenen Gebieten vertrieben worden sind und deren Chancen auf Rückkehr in ihre Heimat gerade zunichte gemacht werden.

#Kinderarmut

Kinderarmut bekämpfen und Folgen von Kinderarmut mildern

Seit 2017 arbeitet in Sachsen-Anhalt überparteilich das Netzwerk gegen Kinderarmut. Auf zahlreichen Arbeitstreffen wurde inzwischen eine Reihe von Projektideen entwickelt, die Kindern und Jugendlichen zugutekommen und Armutfolgen mildern sollen. Auf einer am 18. Juni 2019 durchgeführten gemeinsamen Konferenz des Netzwerks gegen Kinderarmut und der Landeshauptstadt Magdeburg unter dem Titel „Baustelle Kinderarmut - IdeenREICH gegen KinderARMUT“ wurde ein im Konsens ein Antrag erarbeitet. Dieser fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Kindergeld und Taschengeld inklusive der Einnahmen aus sogenannten „Ferienjobs“ nicht auf die Regelsätze von Kindern und Jugendlichen angerechnet werden. Darüber hinaus soll sie sich auf Bundesebene dafür einsetzen, eine Änderung des SGB VIII anzustreben, damit Kinder, Jugendliche und junge Volljährige nicht mehr wie im bisherigen Umfang zu Kostenbeiträgen für stationäre, teilstationäre und vorläufige Maßnahmen der Jugendhilfe in Anspruch genommen werden. Dieser Antrag wurde angenommen.

#Landeshaushalt

Schluss mit dem Verfassungsbruch der Landesregierung

Mit dem bisher chaotischen und ergebnislosen Haushaltsaufstellungsverfahren liegt dem Landtag nach wie vor kein Haushaltsplanentwurf vor. Ohne Zeitplan und gemeinsames Ziel von Regierung bzw. Finanzministerium ist nach wie vor nicht absehbar, wann der Haushalt eingebracht wird und verabschiedet werden kann. Damit verstößt die Landesregierung gegen die Landeshaushaltsordnung und die Landesverfassung, da der Entwurf des Haushaltsgesetzes mit dem Entwurf des Haushaltsplans in der Regel bis zum 1. Oktober beim Landtag eingebracht werden soll. Das bringt auch die Empfänger langjähriger Projektförderungen in eine schwierige Situation, da ihnen durch eine verspätete Haushaltsverabschiedung Einschnitte drohen. Mit dem Antrag wird die Landesregierung daher aufgefordert, den Haushaltsplan 2020/2021 unverzüglich vorzulegen, damit das Parlament seinen verfassungsgemäßen Aufgaben nachkommen kann, den Haushaltsplan rechtzeitig und schnellstmöglich durch Haushaltsgesetz festzustellen. Gleichzeitig sind Übergangsregelungen für die Empfänger von Projektgeldern zu garantieren.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 3. November 2019

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzung im Oktober 2019 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de.
Auch auf Facebook und Twitter können die Debatten verfolgt werden.